

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pppn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Barbara Weiler MdB  
zum zehnjährigen Be-  
stehen der Künstlerso-  
zialversicherung: Kunst  
darf kein "brotloser"  
Beruf mehr sein.

Seite 1

Dr. Marliese Dob-  
berthien MdB zu Ber-  
atungen und Ergebnis-  
sen der 85. IPU-Konfe-  
renz: Gewalt gegen  
Frauen und Kinder ab-  
wehren.

Seite 3

### Dokumentation

Der Christliche Frie-  
densdienst und Pax  
Christi haben dazu  
aufgerufen, in der  
Nacht zum 22. Juni -  
dem 50. Jahrestag des  
Überfalls auf die So-  
wjetunion - wach-  
zubleiben, nachzuden-  
ken, miteinander zu  
sprechen. Der Aufruf im  
Wortlaut

Seite 6

46. Jahrgang / 96

23. Mai 1991

### Kunst darf kein "brotloser" Beruf mehr sein

Zum zehnjährigen Bestehen der Künstlersozialversicherung

Von Barbara Weller MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Nur wenige Künstler und Künstlerinnen sind mit ihrer Arbeit reich ge-  
worden, die große Masse der Freischaffenden ist immer durch alle Ma-  
schen persönlicher Vorsorge gefallen: zu arm zur Kapitalbildung, zu  
wenige, um eine kollektive Sozialversicherung zu erzwingen.

Jahrzehntelang schien man der Ansicht zu sein, daß ein leerer Magen  
und wenig Geld die Kreativität fördern und daß Armut im Alter den  
Künstler adelt, denn der reiche Mäzen ist mehr die Ausnahme als die  
Regel.

Erst am 26. Mai 1981, also vor nunmehr zehn Jahren, sorgte die sozial-  
liberale Koalition mit der Einführung der Künstlersozialversicherung  
dafür, daß diese sozial schutzbedürftige, weitgehend arbeitneh-  
merähnliche Berufsgruppe der Künstler und Publizisten endlich in den  
Schutz der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung  
einbezogen wurde.

Bis zur Verabschiedung dieses Gesetzeswerkes war es ein langer stei-  
niger Weg. Es ist fraglich, ob ohne das Engagement von Dieter Latt-  
mann und Egon Lutz nicht das konservative Lager mit seinen Finanzie-  
rungsbedenken letztendlich noch dieses soziale Gesetz behindert  
hätte.

Aber dann war dieser größte Fortschritt der Kulturpolitik der letzten  
Jahrzehnte geschafft und mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts,  
das den klagenden Kunstvermarktern eine herbe Absage erteilte,  
wurde die Künstlersozialversicherung auf den richtigen Weg gebracht.

Die nächsten Angriffe auf die Künstlersozialversicherung ließen dann  
nicht lange auf sich warten. In den Jahren nach der Wende zeigte sich,  
daß die Bundesregierung gerne in die Kassen der Versicherung langte,  
um auf Kosten einer ohnehin sozial schwachen Berufsgruppe ihre Fi-  
nanzen zu sanieren. Zwei Beispiele aus der Novellierung des Jahres  
1988 verdeutlichen diese Tendenz. Versicherte sollten danach Schätz-  
beiträge leisten, eine Regelung, die eine Unterversicherung geradezu  
proviziert. Deswegen wurden Berufsanfänger gezwungen, einen Min-  
destbeitrag aufzubringen, der - proportional zu ihrem geringen Ein-  
kommen - höher ist als der der übrigen Versicherten. Der Berufsstart  
wird den jungen Künstlern somit nicht gerade erleichtert.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemijärven-Liitegity  
määrämittöiden Rahtöiden  
Kestöiden-Paper



Das Vorhaben, den Versicherungsausschluß bereits nach drei Jahren (statt fünf Jahren) einzuführen, konnte von der SPD im Bundestag gerade noch mühsam verhindert werden. Dennoch bleibt als bedauerndes Fazit aus der Wendepolitik die Tatsache bestehen, daß der Versicherungsschutz für die Künstler und Publizisten lückiger geworden ist.

Das zehnjährige Jubiläum des Künstlersozialversicherungsgesetzes gibt daher nicht nur Anlaß, zufrieden auf ein Gesetzeswerk zurückzuschauen, sondern zum Schutze der Künstler und Künstlerinnen sowie der Publizisten und Publizistinnen die sozialen Errungenschaften zu erweitern und auszubauen.

Diese Forderung gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklung im geeinten Deutschland und in Europa, wo auf alle besondere Aufgaben warten. Schwierigkeiten bereitet besonders die soziale Sicherung der Künstler und Publizisten aus den neuen Bundesländern, die neben ihren Renten aus der Sozialversicherung eine "Altersversorgung der Intelligenz" vom Staat erhalten haben.

Diese, zum Teil erheblichen Ansprüche, werden nun nach dem Rentenüberleitungsgesetz massiv gekürzt. Weitere Kürzungen können weiterhin vorgenommen werden, wenn der/die Berechtigte "gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstößt oder in schwerwiegendem Maße die Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat".

Diese Vorgehensweise erscheint bedenklich, weil Strafrecht und Sozialrecht nicht auseinander gehalten werden. Instrumentarien des Strafrechts werden hier zur Kürzung von sozialrechtlichen Ansprüchen eingesetzt und einer Gesinnungsschüffelei Tür und Tor geöffnet, die an schwärzeste Mc Carthy Zeiten erinnert.

Um nicht den Spruch "Nichts ist unsicherer als der Künstlerberuf" zur traurigen Wahrheit werden zu lassen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion für die Zukunft folgende notwendige Maßnahmen:

- Die Künstler und Künstlerinnen dürfen bei vorgezogenem Krankengeldanspruch nicht allein für den höheren Beitrag aufkommen müssen;
- Es darf kein Beitragsverfahren geduldet werden, das zur Unterversicherung im Alter führt;
- Es müssen Regelungen, insbesondere für die Künstlerinnen gefunden werden, die nach der Familienphase wieder in den Beruf zurückkehren und nicht mehr unter die Berufsanfängerregelung fallen;
- Es muß den Verwertern (zum Beispiel den Theaterverlagen) bei der Künstlersozialabgabe geholfen werden;
- Das Verwaltungsverfahren muß vereinfacht und effizienter gestaltet werden.

Diese Forderungen zeigen, daß sich niemand auf den Lorbeeren ausruhen kann und es besonders nach den seit 1982 schrittweise vorgenommenen Einschränkungen noch ein weiter Weg ist, bis die Künstlersozialversicherung tatsächlich zu einem funktionsfähigen Teilstück unseres sozialen Sicherungssystems wird.

Die SPD wird sich daher auch in der Zukunft weiterhin dafür einsetzen, daß die Kunst kein "brotdoser" Beruf ist.

(-/23. Mai 1991/rs/tr)

\*\*\*\*\*

**Gewalt gegen Frauen und Kinder abwehren**  
**Zu Beratungen und Ergebnissen der 85. IPU-Konferenz**

**Von Dr. Martiessa Dobberthlen MdB**  
**Mitglied im Ausschuß für Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages**  
**Berichterstatte(r)in der deutschen Delegation bei der 85. IPU-Konferenz in**  
**Pyongyang**

Die 85. Konferenz der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 29. April bis 4. Mai 1991 in Pyongyang/Nordkorea hat sich außer mit dem Problem der Massenvernichtungswaffen mit dem Thema "Gewalt gegen Kinder und Frauen" befaßt. Der IPU als weltweiter Organisation von Parlamentariern, auch "Parlament der Parlamente" genannt, gehören gegenwärtig 113 der 145 gesetzgebenden Versammlungen von souveränen Staaten der Welt an. Teilgenommen an der diesjährigen Frühjahrskonferenz haben 400 Parlamentarier aus 86 nationalen Gruppen, davon nur 61 Frauen (= 15,6 Prozent). Die Bundesrepublik war mit einer achtköpfigen Delegation vertreten, bestehend aus Mitgliedern aller Bundestagsfraktionen, darunter zwei Frauen.

Zum Problembereich "Gewalt gegen Kinder und Frauen" hatten zehn Länder Memoranden und 19 Parlamente Resolutionsentwürfe eingebracht, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland unter meiner Federführung. Der bundesdeutsche Resolutionsentwurf, hochgelobt wegen seiner Differenziertheit und klaren Strukturierung, war von der Überzeugung geprägt, daß Gewalt gegen Kinder und Frauen im Widerspruch zur Menschenwürde stehe und daher beseitigt werden müsse. Unter Hinweis auf die völkerrechtlichen Konventionen und Vereinbarungen zum Schutze der Rechte der Kinder und zur Beseitigung weiblicher Diskriminierung wird die weltweit gegen Frauen und Kinder gerichtete Gewalt angeprangert.

Unter Ausnutzung ihrer Hilflosigkeit würden Kinder Opfer von Mißhandlungen, Mißbrauch und Ausbeutung. Kinder würden nicht nur körperlich und seelisch mißhandelt und vernachlässigt, sondern auch sexuell mißbraucht, vornehmlich in der Familie und vor allem Mädchen. Ausbeutung und Schädigung erfolge auch durch Kinderpornographie und Kinderprostitution sowie durch einen weltweiten Kinderhandel und -verkauf in die Industrieländer.

Politische und kriegerische Gewalt machten Kinder zu besonderen Opfern; als Kinder und Jugendliche würden sie in einigen Ländern zur Teilnahme an Kampfhandlungen gezwungen.

Die gegen Frauen gerichtete Gewalt habe ähnliche Ausprägung wie die Gewalt gegen Kinder. Durch Gewalt werde das persönliche Recht der Frau auf Selbstbestimmung verletzt. Strukturelle Diskriminierungen wie religiöse, soziale, kulturelle Traditionen und Rollenzuweisungen, die Frauen benachteiligten, kämen hinzu. Auch sie erlitten körperliche und seelische Mißhandlungen, besonders in der Familie, seien sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit ausgesetzt bis hin zur Vergewaltigung innerhalb und außerhalb der Ehe. Frauen würden unter Ausnutzung wirtschaftlicher Not und der Anwendung von Gewalt zur Prostitution und Pornographie gezwungen. Insbesondere Frauen aus der Dritten Welt würden durch Sex-tourismus und den sogenannten "Heiratshandel" Männern der Industrieländer ausgeliefert, wo sie Illegalität zusätzlich abhängig mache.

**Politisch Verfolgte werden erniedrigt**

Bei politischer Verfolgung erlitten sie bei Geiselnahme, Haft und Verhören eine zusätzliche Folter durch sexuelle Erniedrigung, Nötigung und Vergewaltigung auch als Angehörige politisch Verfolgter. Der bundesdeutsche Resolutionsentwurf betrachtete daher den Abbau der Gewalt gegen Kinder und Frauen als vorrangige Aufgabe. Er unterstrich auch die Verpflichtung eines jeden Staates, durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit die Lebensbedingungen von Menschen zu verbessern und damit strukturelle Gewalt gegen Kinder und Frauen zu mindern.

Als politische Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt wurde ein ganzes Bündel verschiedener Aktivitäten als geeignet angesehen. Dazu zählt ein Verbot entwürdigender Erziehungsmaßnahmen, insbesondere körperlich und seelisch verletzender Strafen, Kinderschutzzentren und Notruftelefone ebenso wie die aktive Erziehung zur gewaltlosen Konfliktbewältigung, Aufklärungsmaßnahmen und das Angebot der Hilfe für mißhandelte Eltern, um sie zu anderen Methoden der Konfliktbewältigung zu befähigen.

Zum Schutz von sexueller Ausbeutung und Mißbrauch durch Kinderprostitution und -pornographie sollen Strafbestimmungen verschärft, konsequenter angewendet und besser kontrolliert werden. Internationale Organisationen sollen verstärkt zusammenarbeiten, besonders bei Kindesentführung, Kinderhandel und Drogenmißbrauch. Kinderarbeit soll durch verbesserte arbeitsrechtliche Regelungen eingeschränkt werden.

Die Industriestaaten werden gebeten, bei Entwicklungsmaßnahmen mit Vorrang Kinderschutzzentren zu fördern, um verlassene Kinder und Straßenkinder vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung zu bewahren. Zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen gehen die vorgeschlagenen politischen Maßnahmen von der Erkenntnis aus, daß wirtschaftliche, soziale und kulturelle Abhängigkeit der Frauen die Gewalt gegen sie begünstigen. Daher soll ihre Stellung gestärkt und die Gleichberechtigung durchgesetzt werden. Die Öffentlichkeit soll für die vielfältigen Erscheinungsformen menschenunwürdiger Behandlung sensibilisiert und die Geschlechterrollen sollen in den Medien verantwortungsbewußt dargestellt werden.

#### Ökonomische Stellung verbessern

Die Entwicklungshilfe soll Projekte für und mit Frauen verstärkt fördern, um auch hier ihre gesellschaftliche und ökonomische Stellung zu verbessern. Für mißhandelte Frauen sollen Frauenhäuser eingerichtet und Frauen sollen ermutigt und unterstützt werden, neue Lebensperspektiven zu finden.

Zum besseren Schutz vor sexuellen Gewalttaten sind Gesetze strenger zu handhaben beziehungsweise zu verschärfen. Sextourismus soll bestraft werden, ebenso wie jene Personen, die Frauen zur Prostitution zwingen oder sich an ihr bereichern. Die Prostitution selbst soll straffrei bleiben. Darüber hinaus werden Staaten ersucht, Frauen den Flüchtlingsstatus zu gewähren, wenn sie wegen Übertretung religiöser, sozialer oder kultureller Normen verfolgt oder vertrieben werden.

In meiner Einbringungsrede für die bundesdeutsche Resolution kritisierte ich als Berichterstatterin die bisherige Tabuisierung des Themas und lobte die Bemühungen sowohl von Kinderschutzzentren als auch der Frauenbewegung, die maßgeblich dazu beigetragen hätten, das Thema diskutabel und damit politisch bewegbar gemacht zu haben.

Ich verwies auf den häufigen Tatort sexueller Gewalt, nämlich die Familie, was die Bekämpfung von Mißhandlung nicht erleichtere. Das lange unterschätzte Ausmaß des sexuellen Mißbrauchs von Kindern habe drastisch die Defizite im Bereich des Kinderschutzes verdeutlicht.

Als Berichterstatterin hob ich hervor, daß die Industriestaaten mittlerweile Strategien gegen Kindesmißhandlungen entwickelten, währenddessen sich die Lage der Kinder in der Dritten Welt aus ganz anderen Gründen verschlechterte. Eine wachsende wirtschaftliche Not zwingt zur Zeit circa 100 Millionen Kinder, die keine Chance einer ausreichenden Schul- und Berufsausbildung hätten, für ihren eigenen Lebensunterhalt oder den ihrer Familien aufzukommen. Schätzungsweise 30 Millionen Straßenkinder müßten den täglichen Überlebenskampf organisieren. Zudem seien sie besonders Opfer bei Flucht und Vertreibung, wie aktuell die tragischen Ereignisse bei der Flucht der Kurden zeige. Unter den weltweit 15 Millionen Flüchtlingen befänden sich 50 bis 60 Prozent Kinder.

Die Gewalt gegen Frauen gleiche derjenigen gegen Kinder. Sie reiche von körperlicher und psychischer Mißhandlung und Demütigung über sexuelle Belästigung bis hin zur Vergewaltigung, Zwangsprostitution und Pornographie. In meiner Rede wertete ich diese Formen der Gewalt als Ausdruck patriarchalischer Strukturen, wie sie weltweit existieren.

#### Handel mit Frauen und Kindern bekämpfen

Den Menschenhandel nannte ich als eines der bedrückendsten Beispiele der Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen und Kindern. Unter Ausnutzung wirtschaftlicher Not und der Unkenntnis drohender Gefahren würden Frauen und Kinder aus Entwicklungsländern in die Industrieländer verbracht und dort durch dubiose Heiratsvermittlung (mit Umtauschrecht), im schlimmsten Fall sogar durch Zwangsprostitution ausgebeutet und in Abhängigkeit gebracht.

Gefordert seien daher wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Sex-tourismus. Unterzuchtbar sei eine veränderte Entwicklungspolitik, die auf Existenzsicherung, Selbständigkeit und berufliche Qualifizierung von Frauen ziele. Darüber hinaus müßten Aus- und Weiterbildungsprogramme für mißbrauchte und mißhandelte Frauen entwickelt, wirksame gesetzliche Regelungen erlassen und empfindliche Strafen verhängt werden. Aufklärung, Prä-vention und Opferschutz seien unverzichtbar.

Der Mitberichterstatter, Hans-Joachim Fuchtel (CDU), bezeichnete - angesichts des in allen Redebeiträgen der Konferenz beklagten weltweiten Mißbrauchs und der Mißhandlung von ge-borenen Kindern - die Abtreibung als Beginn der Gewalt gegen Kinder. Und die Emanzipation der Frau sah er als beziehungszerstörend an, denn beim Schutz vor Prostitution und Verge-waltigung ginge es nicht um Emanzipation, weil Männer und Frauen "nicht auseinander getrie-ben werden" sollten (ein gewiß tröstlicher Rat für vergewaltigte Frauen!).

Bei der anschließenden Beratung der zehn Resolutionsentwürfe in einem zwölfköpfigen Redaktionskomitee wurden die Bundesrepublik - entsprechend den IPU-Gepflogenheiten - nicht berücksichtigt, weil sie bereits in weiteren Redaktionskomitees vertreten war. Es gelang mir jedoch, über die Ausschlußberatung in die gemeinsame Gesamtresolution die Themen des Sextourismus und des Heiratshandels einzubringen. Damit haben erstmalig diese Problembereiche Eingang in eine internationale parlamentarische Resolution gefunden.

Die ohne Gegenstimmen vom Plenum schließlich angenommene Resolution weist nunmehr zahlreiche Problembeschreibungen und politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder und Frauen auf, wie im deutschen Resolutionsentwurf dargelegt und beim wo-mens-meeting am Vortag der Konferenz beraten. Es bleibt zu hoffen, daß die in sachlicher At-mosphäre erarbeiteten Ergebnisse und gemeinsamen politischen Forderungen der Konferenz durch Initiativen und Aktivitäten der nationalen Parlamente und Regierungen umgesetzt wer-den. In der BRD wird es eine parlamentarische Befassung geben.

(-/23. Mai 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Aufruf zum 22. Juni: "Wir bleiben wach"**

Der Christliche Friedensdienst und Pax Christi haben dazu aufgerufen, in der Nacht zum 22. Juni - dem 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion - wachzubleiben, nachzudenken, miteinander zu sprechen. Der Aufruf im Wortlaut:

Vor 50 Jahren begann der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion.

Über 22 Millionen Menschen wurden getötet, verbrannt, ohne Nahrung gelassen, ermordet.

Der Plan Barbarossa, die systematisch geplante Ausrottung, wurde verwirklicht.

In vielen Begegnungen mit Menschen aus der Sowjetunion haben wir um Versöhnung gebeten und Wege gesucht, eine Verständigung zu erreichen.

Wir regen an:

die nach vom 21. auf den 22. Juni 1991 gemeinsam wach zu bleiben, uns in unseren Gemeinden und Gruppen Zeit zu nehmen zum Nachdenken und zu Gesprächen, zu Gebet und Diskussion, Meditation und Begegnung, Andacht und Auseinandersetzung, Lesungen und Theater...

Die Generation der Nachgeborenen hat den Älteren vorgeworfen, sie hätten Krieg und Faschismus nicht verhindert. Sie hat den Satz, "Wir haben es nicht gewußt", nicht akzeptieren können. In den letzten Monaten mußten wir alle, Ältere und Nachgeborene, erleben, daß wiederum die Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt wurde, ohne daß wir es verhindern konnten. Der Golfkrieg mit seinen ungezählten Opfern stellt uns die Schrecken des Krieges neu vor Augen. Vergangenheit und Gegenwart fordern unsere Bereitschaft zum Frieden heraus.

In dieser Nacht wollen wir versuchen,

- den zweiten Weltkrieg in seinen Folgen für die Opfer zu begreifen,
- zu verstehen, wie dieser Krieg entstanden ist und warum Menschen diesen Krieg zugelassen haben,
- wir wollen versuchen in dieser Zeit, wo wir neue Kriege zugelassen haben, zu verstehen, wie heute Kriege entstehen, was wir falsch gemacht haben, und was wir tun können, um der Gewalt abzuschwören.
- Wir wollen versuchen, auch die Gegenwart mit den Augen der Opfer von heute zu sehen.

Wir rufen die Kirchengemeinden und Gruppen auf: Machen Sie mit!

(-/23. Mai 1991/rs/tr)

\*\*\*\*\*